

# Der Bürger und sein Staat

## Gedanken zur „Besteuerung“

Gerhardus Lang

*Jeder Selbstständige beschäftigt für teures Geld einen „Steuerberater“. Was berät denn der? Doch nur, wie man zu viel Steuern vermeidet. „Steuervermeidung“ ist der Sinn seines Daseins, sonst nichts. Jeder macht das so und befindet sich damit im gesetzlichen Rahmen. Im Übrigen ist das Steuerrecht noch im Stadium wie zu Zeiten von Christi Geburt, dessen Eltern zum Zwecke der Steuerschätzung nach Bethlehem reisen mussten, um der Obrigkeit, der wir „untertan sind und die Gewalt über uns hat“, den geschuldeten Obolus zu entrichten. (Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet, Römer 13,1)*

Heute ist die Obrigkeit von den Parteien ausgewählt immer noch eine Obrigkeit, die Gewalt über uns hat und die beschließt, was wir ihr schulden. Diese als Finanzbehörde fungierende Einrichtung ist ein Staat im Staate, die in dieser Form schon Jahrhunderte besteht. Sie hat schon zu Zeiten der deutschen Kleinstaaten existiert, hat sich mit dem ersten deutschen Reich gefestigt, hat den ersten und den zweiten Weltkrieg ohne Abstriche überstanden, hat dem Kaiserreich das Heer und die Flotte finanziert, hat die Weimarer Republik mit Inflation und Deflation überstanden. Dann hat sie ungebrochen dem Diktator Hitler seine Großmachtspläne finanziert und durfte danach die Staatspleite „abwickeln“.

### Nehmen und Geben



Wir, das Volk, von dem alle Staatsgewalt ausgehen sollte, müssen nämlich langsam anfangen, tatsächlich selber zu beschließen, was wir für die Zwecke des Staates ausgeben wollen. Aber das

wird uns verweigert, weil wir so etwas angeblich nicht beurteilen könnten.

Gerade auf dem Gebiet des Steuerrechts wissen die Mächtigen genau, wie sie vorgehen müssen, denn die Kuh, die man melkt, soll vom Gemolken-Werden möglichst nichts merken, es soll diskret zugehen (Grundsatz der Unmerklichkeit der Besteuerung). Es ist dieses das Prinzip der Spitzbuben, dass die Leute, die bestohlen werden, es nicht immer gleich merken, damit nämlich der Dieb möglichst unerkant bleibt. Man hat es dem Gott der Diebe – Merkur – abgelauscht: man soll möglichst überhaupt nichts merken. Das haben auch die Kaufleute und – last, but not least – die Ärzte (deren Gott auch Merkur ist!) an sich, unmerklich das wegzuschaffen, was zu viel ist, dorthin, wo es fehlt, wobei sich die drei Berufe im real existierenden Leben gelegentlich schlecht voneinander unterscheiden lassen, weil sie manchmal im Einzelnen als Gemengelage auftreten.

Inwieweit nun Politiker – insbesondere Steuerpolitiker – einer der drei genannten Kategorien angehören, ist so leicht nicht auszumachen. Sie müssen auch einerseits wegnehmen, damit sie woanders hinzufügen können. Sie können dabei ärztlich handeln, wenn sie beabsichtigen, den kranken Zustand in einen gesunden zu verwandeln und wenn die ergriffenen Maßnahmen auch zu diesem hehren Ziel führen. Vorgeben tun es die Politiker meist lauthals, dass genau dieses und nichts anderes ihre Absicht sei. Rechnet man es dann allerdings vor – oder auch nach –, so landet zum Schluss das Weggenommene häufig dort, wo sowieso schon zu viel ist, und wird genau denen letztlich weggenommen, denen es gut getan hätte. Dabei sind die Wege der zu verteilen den Beute oft so verschlungen, dass

die Spuren in die Irre führen, was auch der Gott Merkur bald nach seiner Geburt meisterlich beherrschte, indem er die seinem Bruder Apollo gestohlenen Rinder rückwärts in sein Versteck führte, damit es so aussähe, als wären sie in entgegen gesetzter Richtung gelaufen

Ja, die Frage ist berechtigt: lässt sich das Ruder „herumwerfen“, oder auch: lässt sich das oder die Steuer herumwerfen? Wenn die See stürmisch ist, ist das nicht so einfach, und manch ein Schiff ist gekentert, weil das Steuer zu schnell oder auch zu spät herumgeworfen wurde. Deshalb ist es sicher gut, wenn nicht zu schnell herumgeworfen wird, wobei dann vor allem der neue Kurs stimmen muss: es wird zwar dauernd der Kurs gewechselt, aber wo es letztlich hingehen soll, welches Ziel erreicht werden muss, darüber macht sich kaum einer Gedanken. Hauptsache das Schiff fährt mal wieder in einer anderen Richtung, egal wohin die Passagiere eigentlich wollen.

Im Mittelpunkt aller steuerrechtlichen Überlegungen steht heute der Mensch nur im Hinblick auf den Widerstand, den er der „legalen“ Enteignung entgegenbringen wird, aber nicht, wozu das Ganze eigentlich dienen soll. Die zentrale Frage: „Was ist der Mensch?“ wird ausgeklammert. Die einzige Antwort darauf lautet heute: Der Mensch ist ein (böser) Egoist, und deshalb muss man ihn zum Wohltun führen, z. B. durch Erheben von Steuern für das Gemeinwohl, da dieses nicht egoistisch, sondern altruistisch (gut) sei. So wird der Mensch auch gegen seinen Willen anscheinend von einem bösen zu einem (jedenfalls teilweise) guten Menschen gemacht, was vom Gesichtswinkel der Ewigkeit her ihm wiederum nützt (jedenfalls im höheren Sinn). Wozu sich also noch Gedanken machen!

## Organisierte Verantwortungslosigkeit

Diese Bundesrepublik ist von ihrem Herkommen dadurch stark belastet, dass es bei den Bürgern und den über die Parteien gefilterten „gewählten“ Abgeordneten immer noch und fast nur darum geht, dass hier die einen Macht ausüben (es geht bei den sog. Wahlen immer nur um den Macht-Wechsel oder -Erhalt), und dass an den anderen Macht = Gewalt ausgeübt wird. Eine andere Vorstellung kann niemand bilden. Es wird das Gemeinwesen gar nicht so verstanden, dass die Bürger „die Beauftragter des öffentlichen Finanzwesens sind“, wie man meint, „die ja selber die öffentlichen Aufgaben zugelassen oder gewollt haben“. Man überlässt dieses „Zulassen“ noch immer und weitgehend der Willkür der unerschütterlichen, seit dem Ägypterreich nicht geänderten Bürokratie und den ihr zeitweilig und – mehr oder weniger langweilig – vorübergehend vorstehenden Abgeordneten und Ministern. Minister sind eigentlich wörtlich genommen Diener. Aber man hat es ja zum Prinzip erhoben, die Dinge beim entgegengesetzten Namen zu nennen. Das hat man vom Wolf bei den sieben Geißlein gelernt, der von sich schamlos behauptet, die liebe Mutter zu sein (wie z. B. die „Allgemeine-Orts-Krankenkasse“ (AOK) jetzt „Gesundheitskasse“ heißt). Diese Minister-Diener üben also Macht aus, anstatt dem Volk, von dem ja laut Grundgesetz alle Macht ausgeht, zu dienen. Sie werden dabei höchstens ein wenig kontrolliert und bemäkelt von der sogenannten „öffentlichen Meinung“, deren Lenkbarkeit sprichwörtlich ist, und werden in ihrer Machtausübung nur mühevoll begrenzt durch das Grundgesetz und durch das dasselbe oft selbst nicht verstehende Bundesverfassungsgericht.

Daran kann auch die von manchen „Gutmeinenden“ vorgeschlagene Umstellung von der Besteuerung der Einkommen auf Besteuerung der Ausgaben wenig daran ändern, dass die Bürger den Staat nicht als den ihren betrachten, sondern als den „DER DA OBEN“. Wenn die Bürger das werden würden, was manche als „Beauftragter“ bezeichnen, dann wäre es sicher anders. Das würde nämlich bedeuten, dass die zu wählenden Abgeordneten „beauftragt“ werden, d. h. mit einem

bestimmten Auftrag begabt werden (auch gebundenes Mandat genannt, von heutigen Demokratie-Theoretikern und auch Politikern gefürchtet und verdammt wie der Teufel selbst), eine Praxis, die jeder Rechtsanwalt oder sonstiger „Dienstleister“ ohne Probleme akzeptiert. Solche Mandate sind genau zu präzisieren, um Mandatsüberschreitungen auch verhindern oder ggf. ahnden zu können. Das heutige ungebundene Mandat, bei dem die Bürger alle paar Jahre wieder ihre Stimme erneut abgeben dürfen, führt zu einer Verwilderung der politischen Sitten und reziprok zur viel beklagten, aber eigentlich nicht verwunderlichen Politikverdrossenheit mitsamt dem Steuerwiderstand der Bürger. Diese haben nach der Stimmabgabe nämlich wirklich keine politische Stimme mehr. Sie wird ihnen lediglich gnädig jeweils zur Wahlzeit von der politischen Klasse in Form eines Stimmzettels (!) für eine kurzen Moment zur Verfügung gestellt, um dann wieder in der „Stimmritze“ der Wahlurne zu verschwinden.

Wenn also in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft die Bürger wirkliche „Beauftragter“ der Mandatsträger werden, würde das bedeuten, dass die Bürger, und zwar jeder Mann und jede Frau persönlich, die volle Verantwortung für das Gemeinwesen hätten und diese auch nie loswürden. Ein jeglicher wäre sich auch dessen bewusst und würde nicht mehr bei dem heutigen Spielchen mitmachen, dass letztlich niemand mehr die Verantwortung trägt (wie im „real existiert habenden Sozialismus“, von dem Bahro einst sagte, dass er „die organisierte Verantwortungslosigkeit“ darstellte, was fast ohne Abstriche auch für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung („FDGO“) zutrifft).

Solange die Bürger die volle Verantwortung durch Delegation von sich abwälzen können, ist wenig für die von manchen zu Recht beschworene Bewusstseinsbildung der Menschen erreicht. Der Sinn der Menschenentwicklung besteht gerade in der verantwortlichen Gestaltung ihres Lebens mit den und durch die (anderen) Menschen liegt<sup>1</sup>. Das Ziel politischer Aktivität kann deshalb nur sein, die Einrichtungen des sozialen Zusammenlebens

1 s. auch Suhr, Dieter, Die Entfaltung der Menschen durch die Menschen, Besprechung vom Verf. in „Fragen der Freiheit“ Heft 156/1982

(auch sozialer Organismus genannt) so zu gestalten, dass die Menschen sich der Verantwortung nicht mehr entziehen können. Sie müssen „merken“, dass, wenn sie die Verantwortung nicht übernehmen – und diese so direkt wie möglich –, sie die Folgen ihrer Verantwortungslosigkeit als durch sie selbst verursacht treffen. Nur dann lernen sie daraus.

## Ziele anpeilen

Die Bürger müssen wissen, dass die gemeinsam zu erledigenden Aufgaben

1. jedem gleichermaßen dienen, also auch ihnen selbst und
2. deshalb von allen gleichermaßen getragen werden müssen.

Es sollten die zunächst liegenden Aufgaben immer von den Bürgern selbst erledigt werden („*jeder kehre nur vor seine eigenen Tür, dann wird die Stadt schon sauber*“ – Goethe). Nur die übergreifenden Angelegenheiten, die viele betreffen, können Mandatsträgern in Auftrag gegeben werden. Um die notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen, sind Teile des für Ausgaben zur Verfügung stehenden Verdienstes gemäß Übereinkunft abzugeben. Ob man das nun als Steuer auf Ausgaben oder als gleichmäßige Kopfsteuer praktiziert, ist nicht so wesentlich, wichtig ist nur, dass der Bürger die Höhe seiner Abgaben genau kennt und sie auch selber will. Es geht keinesfalls an, dass eine Schicht von „Wohlwollenden“ und „das Gute Wissenden“ über solche Ausgaben beschließt. Es kommt ganz darauf an, dass ein jeglicher dieses auch durch seinen bewussten Willen mit trägt. Alles dieses ist heute Utopie, so wie das Ziel eines Schiffes eine Utopie ist und bleibt, solange es dort nicht ankommt. Aber als Ziel – wenn auch noch ferne liegend – ist es anzupeilen.

Je gleichmäßiger solche „Teile“ des für die gemeinschaftlichen Einrichtungen zu Entrichtenden ausfallen, umso weniger können Herrschende die Bürger in unterschiedliche Steuerklassen usw. einteilen gemäß dem alten Grundsatz: „Teile und herrsche!“ Auch würden dann alle Bürger ein gleiches Interesse daran haben, die Gemeinschaftseinrichtungen so preisgünstig wie möglich zu bekommen, wie sie das auch für ihren persönlichen Bereich halten.

Dass Teile unseres Verdienstes für gemeinschaftliche Aufgaben weggegeben werden müssen, leuchtet jedem vernünftigen Menschen ein. Aber die gemeinschaftlichen Aufgaben müssen von den Bürgern selbst gewollt werden. Je genauer und beschränkter sie definiert werden (z. B. eine Schule, ein Schwimmbad, eine Straßenbeleuchtung), um so eher wird man sich einig werden. Um einen Krieg zu führen, wozu man Waffen kaufen muss, um zum Mond zu fliegen u.ä. werden diejenigen, die so etwas vorhaben, einiges an Mühe aufwenden müssen, um die finanzielle Mithilfe anderer zu bekommen. Deshalb dürfen Delegierte nicht – wie heute – das uneingeschränkte Mandat haben, womit sie dann Dinge verwirklichen, die meist mehr ihrem Ruhm, ihrer Eitelkeit und dem Nutzen derer, die sie durch „Spenden“ finanziert haben, dienen, statt dem Wohl aller.

Einen weiteren Gesichtspunkt gilt es zu beachten: Zuerst denkt der Mensch: wenn die ganze Welt mir allein gehört, dann habe ich die größte Freiheit. Aber er wird bald die Erfahrungen des bekannten Robinsons machen, dass der unfreieste Mensch derjenige ist, der allein ist. Deshalb

nannte er auch seinen ersten Genossen Freitag, der ihn nämlich von der seelischen Knechtschaft durch die Menschenfresser befreite. Diese „Menschenfresser“ lauern auch noch heute überall. Zwar sind ihre Methoden unmerklicher und zivilisierter, und sie lassen diejenigen wenigstens am Leben, die sie da verzehren und missbrauchen. Man kann ihnen nur mit der Macht der menschlichen Gemeinschaft entgegentreten, die sich im Prinzip der Gegenseitigkeit oder Brüderlichkeit die Ergebnisse ihrer Gemeinschaftsleistungen „brüderlich“ teilt (was am freien Markt geschieht, wenn er denn wirklich frei ist!).

Zu den optimalen Ergebnissen kann die Gemeinschaft nur dann kommen, wenn der Initiative der Einzelnen nichts entgegengestellt wird, was durch die Forderung nach Freiheit des Geisteslebens ihren Ausdruck findet, die für jede Tätigkeit des Menschen – in welchem Tätigkeitsbereich auch immer – gilt. Diese Ergebnisse der Gemeinschaftsleistungen werden letztlich so beurteilt werden, dass im voll entwickeltem Zustande des Gemeinwesens, das man auch als so-

ziales Kunstwerk bezeichnen dürfte (von Schiller als der „aesthetische Staat“ bezeichnet, an dem der „politische Künstler“ arbeitet), den Menschen langsam dämmern würde, dass jeder seinen Beitrag gemäß seiner eigenen Natur hingibt und insofern von einem übergeordneten Standpunkt – dem der Gerechtigkeit nämlich – letztlich alle Menschen gleich sind. So treten wir zuletzt auch alle im Bürgerhemd, ohne Taschen, vor Gott und können nur das mitnehmen, was unserem Geist eigentümlich geworden ist. Darum „trachtet am Ersten nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches (irdisch notwendige) alles zufallen“.

### Zum Autor

Dr. Med. Gerhardus Lang



Jahrgang 1931,  
Homöopathischer  
Arzt in Bad Boll

**E-Mail:**  
[gerhardus.  
lang@t-online.de](mailto:gerhardus.lang@t-online.de)